

# TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –  
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: [kober.klemens@dihk.de](mailto:kober.klemens@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

**DIHK-Trade-News**

<b>Update</b> .....	<b>2</b>
WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires ohne Ergebnisse zu Ende gegangen .....	2
70 Jahre GATT – Kein Happy Birthday für den Welthandel .....	2
DIHK-Ideenpapier veröffentlicht: Für eine KMU-Initiative in der WTO.....	3
EP-Bericht „Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO“ .....	3
Verhandlungen zu EU-Japan Abkommen abgeschlossen .....	4
Implementierungsbericht zu EU-Freihandelsabkommen: DIHK-Forderungen werden EU-Priorität.....	4
EU-Antidumping-Grundverordnung: Neue Methodik tritt in Kraft.....	4
Reform der Handelsschutzinstrumente: Einigung der Europäischen Union .....	5
DIHK fordert verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus für EU-Investoren.....	5
Reform der EG-Dual-use-Verordnung: INTA verabschiedet seine Position .....	6
30. Runde EU-Mercosur Verhandlungen.....	7
Modernisierung EU-Chile Freihandelsabkommen.....	7
China hebt Einfuhrbeschränkung für europäischen Käse auf .....	7
Handelspolitik Boliviens und Kambodschas in WTO auf dem Prüfstand.....	8
<b>Ressourcen</b> .....	<b>8</b>
DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Mercosur Freihandelsabkommen.....	8
EP-Thinktank veröffentlicht Factsheets zur Handelspolitik.....	8
EP-Studie: Freier und Fairer Handel für alle? .....	8
EP-Briefing zur Debatte um EU-Nachbarstaaten: Zollunion oder Freihandelsabkommen? .....	8
EP-Thinktank Studie zu Auswirkungen von disruptiven Technologien auf EU-Handelspolitik .....	9
EP-Thinktank veröffentlicht Briefing über Multilateralen Investitionsgerichtshof .....	9
EP-Studie zu EU-Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Georgien und Moldau .....	9
EP-Briefing: Schutz vor Dumping .....	9
EP-Briefing: EU International Procurement Instrument.....	9
18. WTO-Bericht zu G20 Handelshemmnissen veröffentlicht .....	10
<b>RGIT's Corner – News aus Washington</b> .....	<b>10</b>
GLOBAL: Deutsche Firmen in den USA blicken optimistisch ins neue Jahr.....	10

SPOTLIGHT NAFTA: Anhörung im Repräsentantenhaus.....	10
Ergebnisse der 5. NAFTA-Verhandlungsrunde.....	11
Globale Safeguards für Waschmaschinen.....	11
<b>Asia Corner – News aus Singapur</b> .....	12
TPP wird CPTPP .....	12
Taiwan will CPTPP beitreten .....	12
20. RCEP-Verhandlungsrunde bringt wenig Fortschritt .....	12
ASEAN- Hong Kong Abkommen unterschrieben .....	12

## Update

### [WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires ohne Ergebnisse zu Ende gegangen](#)

Die [Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO](#) in Argentinien ist in der vergangenen Woche ohne greifbare Ergebnisse für die deutsche Wirtschaft – und leider sogar ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Themen, die international tätigen Unternehmen unter den Nägeln brennen, kamen nicht voran. Der Ausfall der USA – als grundsätzlich positive Triebkraft für die WTO – war hier deutlich spürbar. Er droht, die WTO nachhaltig zu lähmen. Aber immerhin sind weiterhin alle an Bord. Ein Lichtblick ist die Erklärung vieler WTO-Mitglieder, die bessere Einbindung von mittelständischen Unternehmen in globale Wertschöpfungsketten zu diskutieren. Dies hatte die EU auf Initiative des DIHK sowie weiterer Teile der europäischen Wirtschaft vorangetrieben. Für die exportstarke deutsche Wirtschaft ist die WTO unerlässlich, laufen doch über 60 Prozent ihrer außereuropäischen Exporte nach WTO-Regeln. Die außenwirtschaftlichen Erfolge der deutschen Wirtschaft sind bei weitem kein Selbstläufer. Um die Grundregeln des Welthandels funktionsfähig zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln, sollten wir Europäer jetzt noch stärker in Bündnissen mit anderen Wirtschaftsregionen vorangehen. Die EU hatte in den WTO-Verhandlungen einen seit langer Zeit von DIHK und Eurochambres geforderten Vorschlag zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten durch verbesserte Transparenzpflichten eingebracht.

### [70 Jahre GATT – Kein Happy Birthday für den Welthandel](#)

Am 30. Oktober 1947 unterzeichneten 23 Nationen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und legten damit den Grundstein für das aktuelle multilaterale Welthandelssystem. Die im GATT festgelegten Zollsenkungen und Spielregeln für den internationalen Warenaustausch wurden stetig weiterentwickelt. Ihre Zukunft erscheint derzeit jedoch unsicher wie nie. Die auf dem GATT basierenden Prinzipien und WTO-

Abkommen haben maßgeblich zum Abbau von Handelsbarrieren, der Vereinfachung des internationalen Handels sowie zur Ausweitung des Welthandels beigetragen. Globale Vernetzung und Lieferketten sind heute Alltag. Globale Wertschöpfungsketten erfordern daher globale Regeln und Lösungen. Doch diese gemeinsamen Lösungen werden von einigen WTO-Mitgliedern in Frage gestellt. So haben z. B. die USA angekündigt, künftig in erster Linie bilaterale Abkommen verhandeln zu wollen. Fällt eine große Volkswirtschaft wie die USA als Triebkraft von Freihandel aus oder sagt sich gar von den Regeln der WTO los, hätte dies eine äußerst negative Signalwirkung für das gesamte Welthandelssystem. Angesichts der politischen Neuausrichtung der Handelspolitik der USA sollte die EU daher gerade jetzt bei der Frage offener Märkte und globaler Regeln mit starken Partnern vorangehen und selbst die Zukunft der WTO gestalten und proaktiv ehrgeizige Koalitionen schmieden. Wertschöpfungsketten werden immer globaler und dadurch nimmt die Notwendigkeit eines weltweiten Regelwerkes für den Handel zu. Ziel der Konferenz in Buenos Aires muss daher in erster Linie sein, die WTO funktionsfähiger und stärker zu machen – durch eine gemeinsame Vision der WTO-Mitglieder. Der DIHK setzt sich auch dafür ein, neue Themen in die Verhandlungen aufzunehmen, die Aussichten auf breite Zustimmung haben. Die Europäische Union hat in die laufenden WTO-Verhandlungen einen Vorschlag zur Verbesserung von Transparenzpflichten von DIHK und Eurochambres zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten eingebracht. Eine Einigung hierzu in Buenos Aires wäre ein wichtiger Erfolg auch für die deutsche Wirtschaft. Die Mitglieder der WTO werden nicht müde zu betonen, dass multilaterale Abkommen die besten und fairsten Lösungen für alle bieten. Jetzt müssen sie Ernst machen, um das multilaterale System zu retten.

#### **DIHK-Ideenpapier veröffentlicht: Für eine KMU-Initiative in der WTO**

Die EU hat in den laufenden WTO-Verhandlungen einen seit langer Zeit von DIHK und Eurochambres geforderten Vorschlag zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten durch verbesserte Transparenzpflichten eingebracht. Der gemeinsame Vorschlag mit weiteren Partnern sieht unter anderem die Einrichtung eines gemeinsamen Online-Informationstools für Exporteure sowie stärkere Stakeholdereinbindung vor. Das [DIHK-Ideenpapier](#) bündelt für die 11. WTO-Ministerkonferenz Erwartungen der Wirtschaft an die Politik hierzu.

#### **EP-Bericht „Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO“**

Das Europäische Parlament hat am 15. November eine [Resolution](#) zur multilateralen Verhandlung im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO verabschiedet, die diesen Dezember in Buenos Aires stattfand. Neben einer Stärkung des multilateralen regelbasierten Handelssystems greift das Europäische Parlament auch langjährige Kernforderungen des DIHK auf, wie etwa die Verbesserung der Transparenz und eine vorbildlichere Regulierung zum Nutzen von KMU.

### Verhandlungen zu EU-Japan Abkommen abgeschlossen

Am 08.12.2017 haben die EU und Japan – die weltweit drittstärkste Wirtschaftsmacht – den Abschluss der bilateralen Freihandelsverhandlungen [verkündet](#). Bereits am 06.07.2017 hatten beide Seiten den politischen Verhandlungsdurchbruch erreicht. Das EU-Japan Abkommen ist das größte jemals von der EU verhandelte Freihandelsabkommen, das unter anderem den Großteil aller Zölle, sowie den Zugang zu den Beschaffungsmärkten beiderseitig liberalisieren soll. Nun beginnt die Rechtsförmlichkeitsprüfung des Verhandlungstextes sowie die Übersetzung in alle offiziellen EU-Sprachen sowie ins Japanische. Der Ratifikationsprozess soll vor Mitte 2019 abgeschlossen sein, sodass bis dahin das Abkommen in Kraft treten kann.

### Implementierungsbericht zu EU-Freihandelsabkommen: DIHK-Forderungen werden EU-Priorität

Die EU-Kommission hat am 09.11.2017 den von DIHK und Eurochambres seit langem geforderten ersten systematischen [Bericht zur Implementierung aller EU-Freihandelsabkommen veröffentlicht](#) und das Thema somit zur Priorität der EU-Kommission gemacht. Dieser Bericht beleuchtet die Chancen, die sich für europäische Unternehmen durch EU-Freihandelsabkommen bieten, zeigt aber auch Defizite auf, die der DIHK schon lange beklagt. So bleibt etwa die Nutzungsrate der Abkommen durch die Unternehmen hinter den Erwartungen zurück. Daher setzt sich der DIHK für mittelstandsfreundliche Abkommen ein, damit auch der Mittelstand EU-Freihandelsabkommen einfacher in Anspruch nehmen kann. Anfang 2017 haben die Präsidenten der europäischen Kammervverbände in einer Eurochambres-Deklaration mehr Engagement der EU und der Mitgliedsstaaten angemahnt, um mindestens 75% Nutzungsrate aller EU-Freihandelsabkommen zu erreichen. Von nun an sollen zudem für alle EU-Freihandelsabkommen Implementierungsroadmaps ausgearbeitet werden und schließlich der outreach und die Kommunikation der Abkommen gerade für KMUs verstärkt werden. Auch dies sind alles langjährige DIHK-Forderungen.

### EU-Antidumping-Grundverordnung: Neue Methodik tritt in Kraft

Am 20. Dezember 2017 trat die neue Methodik im Rahmen der Antidumping-Grundverordnung der Europäischen Union (VO (EU) 2016/1036) in Kraft. Die Änderung erfolgt durch die Änderungsverordnung (EU) 2017/2321. In der reformierten Antidumping-Grundverordnung wird zur Dumping-Berechnung nicht weiter nach dem Kriterium des Marktwirtschaftsstatuts unterschieden. Zukünftig gelangen alternative Berechnungsmethoden (so genannter Drittlandsvergleich) zur Anwendung. Kommt es zur Feststellung nennenswerter Marktverzerrungen in einzelnen Drittstaaten oder dortigen Sektoren, werden als Konsequenz Drittlandspreise zur Dumpingfeststellung herangezogen (neue Methodik). Darüber hinaus wird die EU-Kommission verpflichtet, bei Angemessenheit und fundierten Hinweisen Berichte über Marktverzerrungen in Drittländern zu entwerfen und regelmäßig zu aktualisieren (Marktverzerrungsberichte, Art. 1 Nr. 1 Buchst. c der Änderungsverordnung). Europäische Unternehmen können mögliche Beschwerden über Dumping auf diese Marktverzerrungsberichte gründen. Dabei fließen u.a. eine erhebliche staatliche Präsenz in Unternehmen oder verzerrte Lohnkosten in die Feststellung



nennenswerter Marktverzerrungen im Drittland ein (Art. 1 Nr. 1 Buchst. b der Änderungsverordnung). Die Neufassung findet künftig auf alle Entscheidungen über die Einleitung von Verfahren Anwendung. Gleiches gilt für Verfahren selbst (Ausgangsuntersuchungen und Überprüfungen), die ab dem Inkrafttreten der Änderungsverordnung eingeleitet werden (Art. 4 der Änderungsverordnung). Diesbezüglich will die EU-Kommission sicherstellen, dass insbesondere bei künftig gestellten Anträgen auf Auslaufüberprüfung für die europäische Wirtschaft keine zusätzliche Belastung entsteht. Die Verordnung (EU) 2017/2321 zur Änderung der Antidumping-Grundverordnung finden Sie [hier](#).

### **Reform der Handelsschutzinstrumente: Einigung der Europäischen Union**

Am 5. Dezember 2017 haben sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Europäische Rat auf eine finale Fassung der Reform der Handelsschutzinstrumente geeinigt. Die zukünftigen Regeln umfassen u. a. eine Verkürzung von Antidumping-Untersuchungen der EU-Kommission sowie potenziell höhere Schutzzölle bei festgestellten Preisverzerrungen. Mit einem Inkrafttreten der modernisierten Handelsschutzinstrumente ist in den kommenden Wochen zu rechnen. Bereits im April 2013 stieß die EU-Kommission den Reformprozess der europäischen Handelsschutzinstrumente an. Mit der nun gefundenen politischen Einigung will die EU schneller und effizienter auf Subventionen und Dumping in Drittländern reagieren können. Die zukünftigen Regeln verkürzen den möglichen Prüfungszeitraum ("investigation period", bisher 9 Monate) der EU-Kommission zur Einführung von Gegenmaßnahmen (z. B. Schutzzöllen) bei Preisverzerrungen. Ein neues Frühwarnsystem soll europäischen Unternehmen dabei helfen, sich schnell auf die mögliche Einführung solcher Schutzzölle einstellen zu können. Kleinere Unternehmen sollen dazu von Hilfestellungen eines neuen „Help Desk“ der EU profitieren. Auf dieser Weise bezweckt die EU, die Einleitung und die Teilnahme an Maßnahmen zum Handelsschutz für Unternehmen zu vereinfachen. Im Allgemeinen umfassen die neuen Handelsschutzregeln auch die Möglichkeit höherer Schutzzölle. Dazu wird für Zollerhebungsverfahren weiterhin das Prinzip der Regel des niedrigeren Zolles ("lesser duty rule") vorgesehen. Gemäß dieser Regel erfolgt die Festlegung eines Strafzolles entweder nach der Höhe der Dumpingspanne oder nach der Höhe der Schadensspanne. Maßgeblich ist die Höhe des jeweils niedrigeren Wertes. Die entsprechende Mitteilung der EU-Kommission sowie weiterführende Informationen finden Sie [hier](#). Im nächsten Schritt müssen der Europäische Rat sowie das EU-Parlament der politischen Einigung noch formell zustimmen. Mit dem anschließenden Inkrafttreten der neuen Regeln ist in den kommenden Wochen zu rechnen.

### **DIHK fordert verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus für EU-Investoren**

Der DIHK hat im Rahmen der [EU-Konsultation](#) zu Ersatzmechanismen für Intra-EU-Investitionsschutz ein [Positionspapier](#) eingereicht. Darin fordert er einen verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus. Sollen die bilateralen Investitionsschutzabkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten nicht fortgeführt werden, sollte eine EU-weite gleich effektive Anschlusslösung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollten die Möglichkeiten der gütlichen Streitbeilegung um Verhandlungen und Schlichtung erweitert werden. Nationale Kontaktstellen sollten in der Lage sein, der Behörde Vorschläge zu unterbreiten. Die EU-

Kommission möchte die Intra-EU-BITs abschaffen und durch einen unverbindlichen Mediationsmechanismus sowie einen Leitfaden zu Investorenrechten ersetzen. Der DIHK sieht dies angesichts fortbestehender Rechtsschutzdefizite nicht als ausreichend an. Denn eine [DIHK-Umfrage](#) unter Unternehmen AHKs und IHKs hat deutlich gemacht, dass weiterhin ein Bedarf nach Investitionsschutz in gerade mittel- und osteuropäischen Staaten besteht. Nationale Gerichte sind leider noch nicht überall ausreichend effektiv und unabhängig, um auch ausländische Investorenrechte durchzusetzen. Diskriminierung etwa bei der öffentlichen Auftragsvergabe, ineffektive und langwierige Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und Korruption führen dazu, dass auch im Binnenmarkt die bestehenden Rechte noch nicht überall tatsächlich durchsetzbar sind. Schiedsverfahren sind aus Sicht des DIHK ein geeignetes Verfahren, um diese komplexen Streitigkeiten effektiv und schnell zu lösen. Außerdem sind die Schiedssprüche international vollstreckbar. Auch ihre präventive Wirkung ist von großer Bedeutung, da die Möglichkeit eines Schiedsverfahrens für die Staaten ein zusätzlicher Anreiz zum Dialog und zu fairem und rechtsstaatlichen Verhalten ist. Wichtiger wäre es daher, diese Verfahren zu verbessern und sie effektiver, schneller und kostengünstiger zu machen, wie der DIHK bereits mehrfach und zuletzt zum multilateralen Investitionsgerichtshof [vorgeschlagen](#) hat. Rückendeckung bei der Forderung nach einem verbindlichen System bekommt der DIHK auch vom [Rat der EU](#). Es bleibt zu hoffen, dass die Kommission ihre Pläne entsprechend anpasst.

### [Reform der EG-Dual-use-Verordnung: INTA verabschiedet seine Position](#)

Im September 2016 leitete die EU-Kommission eine Reform der EG-Dual-use-Verordnung ((EG) Nr. 428/2009) ein. Der Reformvorschlag der EU-Kommission sieht eine Verschärfung der Exportkontrollvorschriften für Dual-use-Güter vor. Dabei sollen Fälle erfasst werden, in denen betroffene Güter und Technologien für Menschenrechtsverletzungen oder terroristische Handlungen eingesetzt werden können. Am 23. November 2017 hat nun der zuständige Ausschuss für Internationalen Handel des EU-Parlaments (INTA) seine Position zum Reformvorhaben abgestimmt. Aus Sicht des DIHK ist die Position des INTA überwiegend kritisch zu beurteilen. So sollen "Überwachungstechnologien" (*cyber surveillance*) per umfangreicher Definition zu den Dual-use-Gütern zählen. Eine Abgrenzung etwa anhand von Zollnummern zur vereinfachten Handhabung ist jedoch nicht vorgesehen. Ferner soll im Hinblick auf Überwachungstechnologien eine EU-autonome Güterliste als Anhang der Verordnung geführt werden. Güter auf dieser Liste würden ebenfalls einer Ausfuhrgenehmigungspflicht unterliegen. Zudem sieht die Position des INTA vor, dass schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im Zielland zur möglichen Ausfuhrgenehmigungspflicht führen. Eine solche Pflicht sieht die Position des INTA etwa dann vor, wenn Unternehmen durch (inter-)nationale Behörden von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Zielland unterrichtet werden und gleichzeitig der Verdacht besteht, dass ausgeführte Überwachungstechnologien dort durch den geplanten Endnutzer zu Menschenrechtsverletzungen genutzt werden. Konkrete behördliche Zuständigkeiten bleiben jedoch offen. Eine im Zuge "unternehmerischer Sorgfaltspflichten" (*due diligence*) erkannte mögliche Absicht des Verwenders, das ausgeführte Gut zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu nutzen, soll nach Vorstellung des INTA ebenfalls zu einer möglichen Ausfuhrgenehmigungspflicht führen. Zwar definiert die Ordnungsvariante des

INTA den Begriff der *due diligence* in allgemeiner Form. Allerdings ergeben sich daraus keine konkreten Anforderungskriterien für Unternehmen. Die Position des INTA sieht daher die Entwicklung öffentlich verfügbarer Guidelines durch die EU-Kommission vor. Hierin sollen zeitgleich zum Inkrafttreten der Verordnung praktische Hinweise und Anforderungen der *due diligence* formuliert werden. Die Verordnungsvariante des INTA sieht dazu vor, externe Expertise in die Guideline-Entwicklung einzubeziehen (u.a. exportierende Unternehmen und akademische Einrichtungen). Im Übrigen sollen Ausfuhrgenehmigungen nach Vorstellung des INTA in der Regel über die Dauer von zwei Jahren gültig sein. Der anfängliche Entwurf der EU-Kommission sah die Dauer von lediglich einem Jahr vor. Für Güter, die Verschlüsselungstechnologien / Kryptographie nutzen, beinhaltet die Position des INTA erstmals die Möglichkeit einer globalen Ausfuhrgenehmigung.

Die entsprechende Mitteilung des INTA finden Sie [hier](#). Im nächsten Schritt muss nun das EU-Parlament entscheiden, ob es sich die Position des INTA zu eigen macht. Diese Abstimmung wird voraussichtlich in den kommenden Wochen erfolgen. Der Europäische Rat wird seine Position voraussichtlich im Frühsommer 2018 verabschieden. Der Beginn des anschließenden "Trilogverfahrens" steht für September 2018 zu erwarten.

### **30. Runde EU-Mercosur Verhandlungen**

Die 30. EU-Mercosur [Verhandlungsrunde](#) fand vom 06. bis 10. November in Brasilia statt. Diese Runde brachte bedeutende Verhandlungsfortschritte in vielen Bereichen wie Dienstleistungen, öffentliche Beschaffung und KMUs. Außerdem schritt die Vorbereitung für den Austausch neuer Marktzugangsangebote voran. Beide Seiten unterstrichen ihren Willen, bis Ende 2017 die Verhandlungen abzuschließen. Den Bericht der EU-Kommission zur Verhandlungsrunde finden Sie [hier](#).

### **Modernisierung EU-Chile Freihandelsabkommen**

Nachdem der Rat am 13. November der EU-Kommission ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen zur Modernisierung des bestehenden Assoziierungsabkommens mit Chile erteilt hat, ist am 16. November die erste [Verhandlungsrunde](#) in Brüssel gestartet. Das EU-Chile Assoziierungsabkommen wurde bereits vor 14 Jahren geschlossen. Die Modernisierung sieht unter anderem ein neues KMU-Kapitel vor.

### **China hebt Einfuhrbeschränkung für europäischen Käse auf**

Gemäß Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2017 hat China seine Importbeschränkungen für Schimmel- und Weichkäse aus Europa aufgehoben. Betroffen von der Aufhebung sind u. a. die Käsesorten Roquefort, Danish Blue (dänischer Blauschimmelkäse), Gorgonzola oder Stilton. Das bisherige Einfuhrverbot für europäischen Weich- und Schimmelkäse in China bestand erst seit September 2017. Zur offiziellen Begründung des bisherigen Importverbots wurde der Bakteriengehalt der Käsewaren angegeben. Eine Delegation der EU-Kommission sowie die französische Botschaft schlugen neben der Aufhebung, die Einrichtung eines technischen Seminars gemeinsam mit chinesischen Behördenvertretern vor, um gemeinsame Käsestandards zu definieren. Die entsprechende Mitteilung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).



### [Handelspolitik Boliviens und Kambodschas in WTO auf dem Prüfstand](#)

Die vierte Überprüfung der [Handelspolitik Boliviens](#) fand am 14. und 16. November 2017 statt. Sie erfolgte auf Basis eines Berichtes des Sekretariats der WTO und eines Berichtes der Regierung Boliviens. Bolivien hat bisher 12 Handelsabkommen mit anderen Ländern geschlossen, außerdem ist das Land ein Gründungsmitglied der Andengemeinschaft und nimmt an der Lateinamerikanischen Integrationsvereinigung teil. Am 21. und 23. November wurde zudem die Handelspolitik [Kambodschas](#) auf Basis eines Berichtes des WTO-Sekretariats und eines Berichts der Regierung überprüft. Hervorgehoben wurde hierbei insbesondere die Ratifizierung des Trade Facilitation Agreements. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

## **Ressourcen**

### [DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Mercosur Freihandelsabkommen](#)

Derzeit schreiten die EU-Mercosur Freihandelsverhandlungen rasch voran. Nach der jüngsten 5. Verhandlungsrunde seit Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende 2016 ist auf beiden Seiten der Wille zu einem baldigen Abschluss groß. Der DIHK bezieht in seiner [aktuellen Stellungnahme](#) hierzu Position.

### [EP-Thinktank veröffentlicht Factsheets zur Handelspolitik](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat im November verschiedene handelspolitische Factsheets veröffentlicht, unter anderem zur [Beziehung der EU zur WTO](#), zu den [neuen Prioritäten der EU-Afrika Politik](#), zu den [für Entwicklungsländer bereitstehenden Handelsregimen der EU](#), zum [Europäischen Wirtschaftsraum und zur Schweiz](#), zum aktuellen Stand der [Transatlantischen Beziehungen](#), zum aktuellen Stand des [EU-Russland Handels](#), und zum [TPP-11-Abkommen](#).

### [EP-Studie: Freier und Fairer Handel für alle?](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 27. November eine [Studie](#) veröffentlicht, die den Ansatz der EU-Handelsstrategie „Trade for all“ aus dem Jahre 2015 untersucht. Die Studie untersucht dabei die verschiedenen bilateralen Verhandlungen, thematische Schwerpunkte sowie den Einfluss des Europäischen Parlaments auf die EU-Handelspolitik.

### [EP-Briefing zur Debatte um EU-Nachbarstaaten: Zollunion oder Freihandelsabkommen?](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 07.11.17 ein [Briefing](#) über die Debatte zu Zollunionen und Freihandelsabkommen mit Bezug auf die EU-Anrainer veröffentlicht.

Da die Nachbarstaaten der EU sich derzeit in einer Zeit des Umbruchs befinden, stellt sich für die EU die Frage, auf welcher Basis die Handelsbeziehungen – etwa mit der Türkei, der Ukraine, Georgien und Moldau – am besten geregelt werden sollten. Dieses Briefing gibt einen Überblick über die jeweiligen Stärken und Schwächen der verschiedenen Instrumente zur Steuerung der Handelsbeziehungen.

### **EP-Thinktank Studie zu Auswirkungen von disruptiven Technologien auf EU-Handelspolitik**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 06.11.17 eine [Studie](#) zu Auswirkungen von digitalen Technologien auf die EU-Handelspolitik veröffentlicht. Diese betont die Bedeutung von Daten und dem freien internationalen Datenaustausch für die wachsende Digitalwirtschaft. Gleichzeitig wird betont, dass die EU diese entsprechend mit einer stärker proaktiven und angepassten Positionierung in der EU-Handelspolitik angehen muss.

### **EP-Thinktank veröffentlicht Briefing über Multilateralen Investitionsgerichtshof**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 24.11.17 ein [Briefing](#) über die Bestrebungen der EU-Kommission zur Schaffung eines Multilateralen Investitionsgerichtshof veröffentlicht. Hierin wird unter anderem ein Überblick über die Entwicklungen gegeben und die Stärken und Schwächen des Impact assessments der EU-Kommission hierzu untersucht.

### **EP-Studie zu EU-Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Georgien und Moldau**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 16.11.17 eine [Studie](#) über den Implementierungsstand der EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau veröffentlicht. Hierbei wird auf die Erfolge und noch offenen Fragen der Implementierung eingegangen und Handlungsempfehlungen für die bilateralen Handelsbeziehungen gegeben.

### **EP-Briefing: Schutz vor Dumping**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 10. November ein [Briefing](#) sowie am 08. November ein [Factsheet](#) zum Umgang mit unfairen Handelspraktiken, wie gedumpten und subventionierten Importen, veröffentlicht. Das Briefing geht auf die WTO-Grundlagen von Antidumpingverfahren, die Diskussion über den Marktwirtschaftsstatus China sowie die aktuelle EU-Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente ein.

### **EP-Briefing: EU International Procurement Instrument**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 30. November ein [Briefing](#) zum EU International Procurement Instrument veröffentlicht. Hierbei geht es um einen derzeit diskutierten Entwurf für eine Verordnung zur Begrenzung des Marktzugangs aus Drittstaaten zu öffentlichen Beschaffungsmärkten in der EU. Dieses Instrument soll den

EU-Beschaffungsmarkt als Druckmittel für Drittstaaten beschränken, wenn deren Vergabemärkte selbst geschlossen sind.

### **18. WTO-Bericht zu G20 Handelshemmnissen veröffentlicht**

Die WTO hat am 09. November ihren 18. Bericht zur Entwicklung von Handelshemmnissen der G20-Staaten veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die G20-Staaten weniger Handelshemmnisse eingeführt haben als in vorangehenden Untersuchungszeiträumen. Im untersuchten Zeitraum zwischen Mai und Oktober 2017 überstieg die Abdeckung der 16 handelshemmenden Maßnahmen, wie etwa neuer Zölle, mit 32 Mrd. USD dennoch leicht die Abdeckung von handelsbegünstigenden Maßnahmen mit 27 Mrd. USD.

## **RGIT's Corner – News aus Washington**

### **GLOBAL: Deutsche Firmen in den USA blicken optimistisch ins neue Jahr**

Trotz einer gewissen Skepsis, dass sich die USA in Zukunft verstärkt gegen den freien Handel positionieren könnten, gehen die deutschen US-Tochterunternehmen positiv ins neue Jahr. Laut der jüngsten Umfrage [German American Business Outlook](#) (GABO) rechnen 100% der befragten Unternehmen mit Wachstum für ihr Geschäft im Jahr 2018. 98% gehen davon aus, dass auch die US-Wirtschaft als Ganzes wachsen wird. Wie in den Jahren zuvor bleibt es allerdings eine Herausforderung, gut ausgebildete Arbeitskräfte im Markt zu finden. 25% der Befragten gaben an, deswegen eigene Ausbildungsinitiativen durchzuführen. Um ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zu schaffen, erwarten die befragten Unternehmen, dass sich die neue US-Regierung für Ausbildungsprogramme, offene Märkte, Investitionen in die digitale und physische Infrastruktur, Deregulierung, Forschung und Entwicklung sowie für die Steuerreform stark macht. Beim Thema offene Märkte gaben 76% an, dass ihre Lieferketten maßgeblich von der Marktoffenheit abhängen. Nur 18% gehen davon aus, dass eine Aufkündigung von NAFTA ihrem Geschäft nicht schaden würde. GABO wird jährlich von den Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK USA) in Zusammenarbeit mit dem *Representative of German Industry and Trade* (RGIT) und der Beratungsfirma KPMG durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am vergangenen Montag in New York bei J.P. Morgan vorgestellt. In einem von Daniel Andrich, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, moderierten Panel, ordneten die drei Board-Mitglieder der AHK USA – Caroll Neubauer, Chairman & CEO, B.Braun Medical; Dr. Walter Maisel, President & CEO, KOSTAL North America; Klaus Zellmer, President & CEO, Porsche Cars North America, Inc. – die Ergebnisse aus Unternehmensperspektive ein.

### **SPOTLIGHT NAFTA: Anhörung im Repräsentantenhaus**

Am 12. Dezember 2017 fand im Repräsentantenhaus des US-Kongresses eine Anhörung zur Zukunft des *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) statt. Sprecher aus Wirtschaft und Politik betonten die Bedeutung NAFTAs für die Wirtschaft und die Landwirtschaft, während Gewerkschaftsvertreter die ihrer Einschätzung nach [negativen](#)

[Auswirkungen von NAFTA](#) darlegten. Im Rahmen des Zwischentreffens der NAFTA-Verhandlungsteams vom 9. - 15. Dezember standen vor allem technische und nicht-kontroverse Themen auf der Agenda, während Bereiche wie Investitionsschutz und öffentliche Beschaffung erst wieder in der formellen Verhandlungsrunde Ende Januar 2018 thematisiert werden. Der Landwirtschaftsausschuss im US-Senat pocht gegenüber dem Weißen Haus auf eine Beibehaltung der NAFTA-Regeln für die Landwirtschaft und fordert eine formelle Folgenabschätzung für den Agrarbereich, sollte NAFTA beendet werden. Bisher haben sich vor allem Think Tanks, wie zum Beispiel kürzlich das [American Action Forum](#), mit Folgenabschätzungen beschäftigt.

### Ergebnisse der 5. NAFTA-Verhandlungsrunde

Am 21. November endete die 5. Runde der NAFTA-Neuverhandlung in Mexiko-Stadt. Fortschritte konnten in den Bereichen Biotechnologie, gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (SPS), Zoll- und Handelserleichterungen, Telekommunikation, digitaler Handel, bewährte Regelungsverfahren und Anti-Korruption erzielt werden. Komplette Kapitel wurden nicht abgeschlossen. Laut der kanadischen Außenministerin Chrystia Freeland konnten keine Fortschritte bei den Themen Investor-Staat-Streitbeilegung und Ursprungsregeln für Autos gemacht werden.

Die US-Administration beharrt weiter darauf, dass der regionale Anteil von im NAFTA-Raum produzierten Autos von 62,5% auf 85% erhöht werden soll; 50% sollen direkt aus den USA stammen. Die US-amerikanische Autoindustrie lehnt diesen Vorschlag ab. Dies unterstrichen auch noch einmal die CEOs der drei größten US-Hersteller – General Motors, Ford und Fiat Chrysler – in einem Treffen mit US-Vizepräsident Mike Pence und dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer im Weißen Haus. Kritik an den gegenwärtigen Neuverhandlungen von NAFTA kommt auch aus der US-Agrarindustrie. 18 Senatoren beider Parteien forderten US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross auf, einen Bericht von möglichen Auswirkungen eines neuverhandelten NAFTA auf den Agrarsektor und insbesondere dessen Exporte zu erstellen. Während seines Besuchs in Washington am Montag hat sich der mexikanische Wirtschaftsminister Idefonso Guajardo optimistisch gezeigt, dass mit der nächsten Verhandlungsrunde weitere Fortschritte in den Themenfeldern Telekommunikation, digitaler Handel, technische Handelshemmnisse und regulatorische Praktiken erzielt werden können. Die 6. Verhandlungsrunde findet vom 23. bis 27. Januar 2018 in Montréal statt.

### Globale Safeguards für Waschmaschinen

Ende November hat die vierköpfige Kommission der US International Trade Commission einstimmig für globale Safeguards für Waschmaschinen gestimmt. Die Kommissare empfehlen dem US-Präsidenten ein temporäres Zollkontingent für 3 Jahre.

Waschmaschinenimporte sollen mit zusätzlich 50% verzollt werden. Es ist eine Quote von 1,2 Millionen Einheiten vorgesehen. Im zweiten und dritten Jahr der Safeguards sollen die Zölle auf 45% bzw. 40% gesenkt werden. Ob und wie Präsident Trump den Empfehlungen folgen wird, ist derzeit noch offen.

## Asia Corner – News aus Singapur

### TPP wird CPTPP

Die Neuverhandlungen von TPP-11 (TPP ohne die USA) wurden auf dem APEC Gipfel am 11. November 2017 erfolgreich vorangetrieben. In vier Bereichen betreffend Kanada, Malaysia, Brunei und Vietnam bestehen noch offene Fragen, die bis zum Jahresende oder im ersten Quartal von 2018 geklärt werden sollen. Das Abkommen der TPP-11 wird nun als Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) bezeichnet und setzt 20 Klauseln des TPP-Vertragstexts aus.

### Taiwan will CPTPP beitreten

Nach dem erfolgreichen Treffen der TPP-11 Verhandlungspartner auf dem APEC Gipfel in Vietnam hat Taiwan Interesse daran gezeigt, dem Freihandelsabkommen beizutreten. Grund dafür ist, das CPTPP in seiner jetzigen Form besser mit dem taiwanesischen Rechtssystem in Einklang gebracht werden kann als der ursprüngliche TPP-Text. Laut TPP Artikel 30.4 ist der Beitritt zu TPP für alle Staaten und gesonderten Zollgebiete der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) sowie auch für andere Staaten und Zollgebiete möglich.

### 20. RCEP-Verhandlungsrunde bringt wenig Fortschritt

Vom 17. - 18. Oktober fand die 20. Verhandlungsrunde des Regional Comprehensive Economic Partnerships (RCEP) in Songdo (Süd-Korea) statt. Hier tagten die Arbeitsgruppen zu den Kapiteln Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsbereich, Schutz des geistigen Eigentums und digitaler Handel. Erneut wurde nur wenig Fortschritt erzielt. Die Verhandlungen werden 2018 weitergeführt.

### ASEAN- Hong Kong Abkommen unterschrieben

Auf dem 31. ASEAN Summit am 12. November 2017 wurde das ASEAN-Hong Kong Freihandelsabkommen unterschrieben. Die Verhandlungen wurden mit Hong Kong im Jahr 2014 aufgenommen und sind wichtiger Bestandteil der ASEAN Außenwirtschaftspolitik. Das Abkommen besteht aus 14 Kapiteln und deckt unter anderem Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsbereich, Investitionen, Handelserleichterung sowie wirtschaftliche und technische Kooperation ab. Im Jahr 2016 belief sich das bilaterale Handelsvolumen von ASEAN und Hong Kong auf 93.3 Mrd. US Dollar. Die ausländische Direktinvestitionsbilanz belief sich im Jahr 2016 auf 9.9 Mrd. US Dollar und ist somit um 141% gegenüber 2015 gewachsen.

Dies könnte Sie auch interessieren:

#### **Brexit Newsletter**

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

**NewsInternational** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>



**DIHK-Trade-News**

<b>Update</b> .....	<b>2</b>
WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires ohne Ergebnisse zu Ende gegangen .....	2
70 Jahre GATT – Kein Happy Birthday für den Welthandel .....	2
DIHK-Ideenpapier veröffentlicht: Für eine KMU-Initiative in der WTO.....	3
EP-Bericht „Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO“ .....	3
Verhandlungen zu EU-Japan Abkommen abgeschlossen .....	3
Implementierungsbericht zu EU-Freihandelsabkommen: DIHK-Forderungen werden EU-Priorität.....	4
EU-Antidumping-Grundverordnung: Neue Methodik tritt in Kraft.....	4
Reform der Handelsschutzinstrumente: Einigung der Europäischen Union .....	5
DIHK fordert verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus für EU-Investoren.....	5
Reform der EG-Dual-use-Verordnung: INTA verabschiedet seine Position .....	6
30. Runde EU-Mercosur Verhandlungen.....	7
Modernisierung EU-Chile Freihandelsabkommen.....	7
China hebt Einfuhrbeschränkung für europäischen Käse auf .....	7
Handelspolitik Boliviens und Kambodschas in WTO auf dem Prüfstand.....	7
<b>Ressourcen</b> .....	<b>8</b>
DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Mercosur Freihandelsabkommen.....	8
EP-Thinktank veröffentlicht Factsheets zur Handelspolitik.....	8
EP-Studie: Freier und Fairer Handel für alle? .....	8
EP-Briefing zur Debatte um EU-Nachbarstaaten: Zollunion oder Freihandelsabkommen? .....	8
EP-Thinktank Studie zu Auswirkungen von disruptiven Technologien auf EU-Handelspolitik .....	9
EP-Thinktank veröffentlicht Briefing über Multilateralen Investitionsgerichtshof .....	9
EP-Studie zu EU-Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Georgien und Moldau .....	9
EP-Briefing: Schutz vor Dumping .....	9
EP-Briefing: EU International Procurement Instrument .....	9
18. WTO-Bericht zu G20 Handelshemmnissen veröffentlicht .....	10
<b>RGIT's Corner – News aus Washington</b> .....	<b>10</b>
GLOBAL: Deutsche Firmen in den USA blicken optimistisch ins neue Jahr.....	10

SPOTLIGHT NAFTA: Anhörung im Repräsentantenhaus.....	10
Ergebnisse der 5. NAFTA-Verhandlungsrunde.....	11
Globale Safeguards für Waschmaschinen.....	11
<b>Asia Corner – News aus Singapur</b> .....	12
TPP wird CPTPP .....	12
Taiwan will CPTPP beitreten .....	12
20. RCEP-Verhandlungsrunde bringt wenig Fortschritt .....	12
ASEAN- Hong Kong Abkommen unterschrieben .....	12

## Update

### [WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires ohne Ergebnisse zu Ende gegangen](#)

Die [Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO](#) in Argentinien ist in der vergangenen Woche ohne greifbare Ergebnisse für die deutsche Wirtschaft – und leider sogar ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Themen, die international tätigen Unternehmen unter den Nägeln brennen, kamen nicht voran. Der Ausfall der USA – als grundsätzlich positive Triebkraft für die WTO – war hier deutlich spürbar. Er droht, die WTO nachhaltig zu lähmen. Aber immerhin sind weiterhin alle an Bord. Ein Lichtblick ist die Erklärung vieler WTO-Mitglieder, die bessere Einbindung von mittelständischen Unternehmen in globale Wertschöpfungsketten zu diskutieren. Dies hatte die EU auf Initiative des DIHK sowie weiterer Teile der europäischen Wirtschaft vorangetrieben. Für die exportstarke deutsche Wirtschaft ist die WTO unerlässlich, laufen doch über 60 Prozent ihrer außereuropäischen Exporte nach WTO-Regeln. Die außenwirtschaftlichen Erfolge der deutschen Wirtschaft sind bei weitem kein Selbstläufer. Um die Grundregeln des Welthandels funktionsfähig zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln, sollten wir Europäer jetzt noch stärker in Bündnissen mit anderen Wirtschaftsregionen vorangehen. Die EU hatte in den WTO-Verhandlungen einen seit langer Zeit von DIHK und Eurochambres geforderten Vorschlag zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten durch verbesserte Transparenzpflichten eingebracht.

### [70 Jahre GATT – Kein Happy Birthday für den Welthandel](#)

Am 30. Oktober 1947 unterzeichneten 23 Nationen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und legten damit den Grundstein für das aktuelle multilaterale Welthandelssystem. Die im GATT festgelegten Zollsenkungen und Spielregeln für den internationalen Warenaustausch wurden stetig weiterentwickelt. Ihre Zukunft erscheint derzeit jedoch unsicher wie nie. Die auf dem GATT basierenden Prinzipien und WTO-

Abkommen haben maßgeblich zum Abbau von Handelsbarrieren, der Vereinfachung des internationalen Handels sowie zur Ausweitung des Welthandels beigetragen. Globale Vernetzung und Lieferketten sind heute Alltag. Globale Wertschöpfungsketten erfordern daher globale Regeln und Lösungen. Doch diese gemeinsamen Lösungen werden von einigen WTO-Mitgliedern in Frage gestellt. So haben z. B. die USA angekündigt, künftig in erster Linie bilaterale Abkommen verhandeln zu wollen. Fällt eine große Volkswirtschaft wie die USA als Triebkraft von Freihandel aus oder sagt sich gar von den Regeln der WTO los, hätte dies eine äußerst negative Signalwirkung für das gesamte Welthandelssystem. Angesichts der politischen Neuausrichtung der Handelspolitik der USA sollte die EU daher gerade jetzt bei der Frage offener Märkte und globaler Regeln mit starken Partnern vorangehen und selbst die Zukunft der WTO gestalten und proaktiv ehrgeizige Koalitionen schmieden. Wertschöpfungsketten werden immer globaler und dadurch nimmt die Notwendigkeit eines weltweiten Regelwerkes für den Handel zu. Der DIHK setzt sich auch dafür ein, neue Themen in die Verhandlungen aufzunehmen, die Aussichten auf breite Zustimmung haben. Die Europäische Union hat in die laufenden WTO-Verhandlungen einen Vorschlag zur Verbesserung von Transparenzpflichten von DIHK und Eurochambres zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten eingebracht. Die Mitglieder der WTO werden nicht müde zu betonen, dass multilaterale Abkommen die besten und fairesten Lösungen für alle bieten. Jetzt müssen sie Ernst machen, um das multilaterale System zu retten.

#### [DIHK-Ideenpapier veröffentlicht: Für eine KMU-Initiative in der WTO](#)

Die EU hat in den laufenden WTO-Verhandlungen einen seit langer Zeit von DIHK und Eurochambres geforderten Vorschlag zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten durch verbesserte Transparenzpflichten eingebracht. Der gemeinsame Vorschlag mit weiteren Partnern sieht unter anderem die Einrichtung eines gemeinsamen Online-Informationstools für Exporteure sowie stärkere Stakeholdereinbindung vor. Das [DIHK-Ideenpapier](#) bündelt für die 11. WTO-Ministerkonferenz Erwartungen der Wirtschaft an die Politik hierzu.

#### [EP-Bericht „Multilaterale Verhandlungen im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO“](#)

Das Europäische Parlament hat am 15. November eine [Resolution](#) zur multilateralen Verhandlung im Vorfeld der 11. Ministerkonferenz der WTO verabschiedet, die diesen Dezember in Buenos Aires stattfand. Neben einer Stärkung des multilateralen regelbasierten Handelssystems greift das Europäische Parlament auch langjährige Kernforderungen des DIHK auf, wie etwa die Verbesserung der Transparenz und eine vorbildlichere Regulierung zum Nutzen von KMU.

#### [Verhandlungen zu EU-Japan Abkommen abgeschlossen](#)

Am 08.12.2017 haben die EU und Japan – die weltweit drittstärkste Wirtschaftsmacht – den Abschluss der bilateralen Freihandelsverhandlungen [verkündet](#). Bereits am 06.07.2017 hatten beide Seiten den politischen Verhandlungsdurchbruch erreicht. Das EU-Japan Abkommen ist das größte jemals von der EU verhandelte Freihandelsabkommen, das unter

anderem den Großteil aller Zölle, sowie den Zugang zu den Beschaffungsmärkten beiderseitig liberalisieren soll. Nun beginnt die Rechtsförmlichkeitsprüfung des Verhandlungstextes sowie die Übersetzung in alle offiziellen EU-Sprachen sowie ins Japanische. Der Ratifikationsprozess soll vor Mitte 2019 abgeschlossen sein, sodass bis dahin das Abkommen in Kraft treten kann.

### [Implementierungsbericht zu EU-Freihandelsabkommen: DIHK-Forderungen werden EU-Priorität](#)

Die EU-Kommission hat am 09.11.2017 den von DIHK und Eurochambres seit langem geforderten ersten systematischen [Bericht zur Implementierung aller EU-Freihandelsabkommen veröffentlicht](#) und das Thema somit zur Priorität der EU-Kommission gemacht. Dieser Bericht beleuchtet die Chancen, die sich für europäische Unternehmen durch EU-Freihandelsabkommen bieten, zeigt aber auch Defizite auf, die der DIHK schon lange beklagt. So bleibt etwa die Nutzungsrate der Abkommen durch die Unternehmen hinter den Erwartungen zurück. Daher setzt sich der DIHK für mittelstandsfreundliche Abkommen ein, damit auch der Mittelstand EU-Freihandelsabkommen einfacher in Anspruch nehmen kann. Anfang 2017 haben die Präsidenten der europäischen Kammerverbände in einer Eurochambres-Deklaration mehr Engagement der EU und der Mitgliedsstaaten angemahnt, um mindestens 75% Nutzungsrate aller EU-Freihandelsabkommen zu erreichen. Von nun an sollen zudem für alle EU-Freihandelsabkommen Implementierungsroadmaps ausgearbeitet werden und schließlich der outreach und die Kommunikation der Abkommen gerade für KMUs verstärkt werden. Auch dies sind alles langjährige DIHK-Forderungen.

### [EU-Antidumping-Grundverordnung: Neue Methodik tritt in Kraft](#)

Am 20. Dezember 2017 trat die neue Methodik im Rahmen der Antidumping-Grundverordnung der Europäischen Union (VO (EU) 2016/1036) in Kraft. Die Änderung erfolgt durch die Änderungsverordnung (EU) 2017/2321. In der reformierten Antidumping-Grundverordnung wird zur Dumping-Berechnung nicht weiter nach dem Kriterium des Marktwirtschaftsstatuts unterschieden. Zukünftig gelangen alternative Berechnungsmethoden (so genannter Drittlandsvergleich) zur Anwendung. Kommt es zur Feststellung nennenswerter Marktverzerrungen in einzelnen Drittstaaten oder dortigen Sektoren, werden als Konsequenz Drittlandspreise zur Dumpingfeststellung herangezogen (neue Methodik). Darüber hinaus wird die EU-Kommission verpflichtet, bei Angemessenheit und fundierten Hinweisen Berichte über Marktverzerrungen in Drittländern zu entwerfen und regelmäßig zu aktualisieren (Marktverzerrungsberichte, Art. 1 Nr. 1 Buchst. c der Änderungsverordnung). Europäische Unternehmen können mögliche Beschwerden über Dumping auf diese Marktverzerrungsberichte gründen. Dabei fließen u.a. eine erhebliche staatliche Präsenz in Unternehmen oder verzerrte Lohnkosten in die Feststellung nennenswerter Marktverzerrungen im Drittland ein (Art. 1 Nr. 1 Buchst. b der Änderungsverordnung). Die Neufassung findet künftig auf alle Entscheidungen über die Einleitung von Verfahren Anwendung. Gleiches gilt für Verfahren selbst (Ausgangsuntersuchungen und Überprüfungen), die ab dem Inkrafttreten der Änderungsverordnung eingeleitet werden (Art. 4 der Änderungsverordnung). Diesbezüglich

will die EU-Kommission sicherstellen, dass insbesondere bei künftig gestellten Anträgen auf Auslaufüberprüfung für die europäische Wirtschaft keine zusätzliche Belastung entsteht. Die Verordnung (EU) 2017/2321 zur Änderung der Antidumping-Grundverordnung finden Sie [hier](#). Den Marktverzerrungsbericht der EU-Kommission zu China finden Sie [hier](#). [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/december/tradoc\\_156474.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/december/tradoc_156474.pdf)

### **Reform der Handelsschutzinstrumente: Einigung der Europäischen Union**

Am 5. Dezember 2017 haben sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Europäische Rat auf eine finale Fassung der Reform der Handelsschutzinstrumente geeinigt. Die zukünftigen Regeln umfassen u. a. eine Verkürzung von Antidumping-Untersuchungen der EU-Kommission sowie potenziell höhere Schutzzölle bei festgestellten Preisverzerrungen. Bereits im April 2013 stieß die EU-Kommission den Reformprozess der europäischen Handelsschutzinstrumente an. Mit der nun gefundenen politischen Einigung will die EU schneller und effizienter auf Subventionen und Dumping in Drittländern reagieren können. Die zukünftigen Regeln verkürzen den möglichen Prüfungszeitraum ("investigation period", bisher 9 Monate) der EU-Kommission zur Einführung von Gegenmaßnahmen (z. B. Schutzzöllen) bei Preisverzerrungen. Ein neues Frühwarnsystem soll europäischen Unternehmen dabei helfen, sich schnell auf die mögliche Einführung solcher Schutzzölle einstellen zu können. Kleinere Unternehmen sollen dazu von Hilfestellungen eines neuen „Help Desk“ der EU profitieren. Auf dieser Weise bezweckt die EU, die Einleitung und die Teilnahme an Maßnahmen zum Handelsschutz für Unternehmen zu vereinfachen. Im Allgemeinen umfassen die neuen Handelsschutzregeln auch die Möglichkeit höherer Schutzzölle. Dazu wird für Zollerhebungsverfahren weiterhin das Prinzip der Regel des niedrigeren Zolles ("lesser duty rule") vorgesehen. Gemäß dieser Regel erfolgt die Festlegung eines Strafzolles entweder nach der Höhe der Dumpingspanne oder nach der Höhe der Schadensspanne. Maßgeblich ist die Höhe des jeweils niedrigeren Wertes. Die entsprechende Mitteilung der EU-Kommission sowie weiterführende Informationen finden Sie [hier](#). Im nächsten Schritt müssen der Europäische Rat sowie das EU-Parlament der politischen Einigung noch formell zustimmen. Mit dem anschließenden Inkrafttreten der neuen Regeln ist in den kommenden Wochen zu rechnen.

### **DIHK fordert verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus für EU-Investoren**

Der DIHK hat im Rahmen der [EU-Konsultation](#) zu Ersatzmechanismen für Intra-EU-Investitionsschutz ein [Positionspapier](#) eingereicht. Darin fordert er einen verbindlichen Streitbeilegungsmechanismus. Sollen die bilateralen Investitionsschutzabkommen zwischen EU-Mitgliedstaaten nicht fortgeführt werden, sollte eine EU-weite gleich effektive Anschlusslösung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollten die Möglichkeiten der gütlichen Streitbeilegung um Verhandlungen und Schlichtung erweitert werden. Nationale Kontaktstellen sollten in der Lage sein, der Behörde Vorschläge zu unterbreiten. Die EU-Kommission möchte die Intra-EU-BITs abschaffen und durch einen unverbindlichen Mediationsmechanismus sowie einen Leitfaden zu Investorenrechten ersetzen. Der DIHK sieht dies angesichts fortbestehender Rechtsschutzdefizite nicht als ausreichend an. Denn eine [DIHK-Umfrage](#) unter Unternehmen AHKs und IHKs hat deutlich gemacht, dass weiterhin ein Bedarf nach Investitionsschutz in gerade mittel- und osteuropäischen Staaten



besteht. Nationale Gerichte sind leider noch nicht überall ausreichend effektiv und unabhängig, um auch ausländische Investorenrechte durchzusetzen. Diskriminierung etwa bei der öffentlichen Auftragsvergabe, ineffektive und langwierige Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und Korruption führen dazu, dass auch im Binnenmarkt die bestehenden Rechte noch nicht überall tatsächlich durchsetzbar sind. Schiedsverfahren sind aus Sicht des DIHK ein geeignetes Verfahren, um diese komplexen Streitigkeiten effektiv und schnell zu lösen. Außerdem sind die Schiedssprüche international vollstreckbar. Auch ihre präventive Wirkung ist von großer Bedeutung, da die Möglichkeit eines Schiedsverfahrens für die Staaten ein zusätzlicher Anreiz zum Dialog und zu fairem und rechtsstaatlichen Verhalten ist. Wichtiger wäre es daher, diese Verfahren zu verbessern und sie effektiver, schneller und kostengünstiger zu machen, wie der DIHK bereits mehrfach und zuletzt zum multilateralen Investitionsgerichtshof [vorgeschlagen](#) hat. Rückendeckung bei der Forderung nach einem verbindlichen System bekommt der DIHK auch vom [Rat der EU](#). Es bleibt zu hoffen, dass die Kommission ihre Pläne entsprechend anpasst.

### [Reform der EG-Dual-use-Verordnung: INTA verabschiedet seine Position](#)

Im September 2016 leitete die EU-Kommission eine Reform der EG-Dual-use-Verordnung ((EG) Nr. 428/2009) ein. Der Reformvorschlag der EU-Kommission sieht eine Verschärfung der Exportkontrollvorschriften für Dual-use-Güter vor. Dabei sollen Fälle erfasst werden, in denen betroffene Güter und Technologien für Menschenrechtsverletzungen oder terroristische Handlungen eingesetzt werden können. Am 23. November 2017 hat nun der zuständige Ausschuss für Internationalen Handel des EU-Parlaments (INTA) seine Position zum Reformvorhaben abgestimmt. Aus Sicht des DIHK ist die Position des INTA überwiegend kritisch zu beurteilen. So sollen "Überwachungstechnologien" (*cyber surveillance*) per umfangreicher Definition zu den Dual-use-Gütern zählen. Eine Abgrenzung etwa anhand von Zollnummern zur vereinfachten Handhabung ist jedoch nicht vorgesehen. Ferner soll im Hinblick auf Überwachungstechnologien eine EU-autonome Güterliste als Anhang der Verordnung geführt werden. Güter auf dieser Liste würden ebenfalls einer Ausfuhrgenehmigungspflicht unterliegen. Zudem sieht die Position des INTA vor, dass schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im Zielland zur möglichen Ausfuhrgenehmigungspflicht führen. Eine solche Pflicht sieht die Position des INTA etwa dann vor, wenn Unternehmen durch (inter-)nationale Behörden von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen im Zielland unterrichtet werden und gleichzeitig der Verdacht besteht, dass ausgeführte Überwachungstechnologien dort durch den geplanten Endnutzer zu Menschenrechtsverletzungen genutzt werden. Konkrete behördliche Zuständigkeiten bleiben jedoch offen. Eine im Zuge "unternehmerischer Sorgfaltspflichten" (*due diligence*) erkannte mögliche Absicht des Verwenders, das ausgeführte Gut zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu nutzen, soll nach Vorstellung des INTA ebenfalls zu einer möglichen Ausfuhrgenehmigungspflicht führen. Zwar definiert die Ordnungsvariante des INTA den Begriff der *due diligence* in allgemeiner Form. Allerdings ergeben sich daraus keine konkreten Anforderungskriterien für Unternehmen. Die Position des INTA sieht daher die Entwicklung öffentlich verfügbarer Guidelines durch die EU-Kommission vor. Hierin sollen zeitgleich zum Inkrafttreten der Verordnung praktische Hinweise und Anforderungen der *due diligence* formuliert werden. Die Ordnungsvariante des INTA sieht dazu vor, externe

Expertise in die Guideline-Entwicklung einzubeziehen (u.a. exportierende Unternehmen und akademische Einrichtungen). Im Übrigen sollen Ausfuhrgenehmigungen nach Vorstellung des INTA in der Regel über die Dauer von zwei Jahren gültig sein. Der anfängliche Entwurf der EU-Kommission sah die Dauer von lediglich einem Jahr vor. Für Güter, die Verschlüsselungstechnologien / Kryptographie nutzen, beinhaltet die Position des INTA erstmals die Möglichkeit einer globalen Ausfuhrgenehmigung.

Die entsprechende Mitteilung des INTA finden Sie [hier](#). Im nächsten Schritt muss nun das EU-Parlament entscheiden, ob es sich die Position des INTA zu eigen macht. Diese Abstimmung wird voraussichtlich in den kommenden Wochen erfolgen. Der Europäische Rat wird seine Position voraussichtlich im Frühsommer 2018 verabschieden. Der Beginn des anschließenden "Trilogverfahrens" steht für September 2018 zu erwarten.

### **30. Runde EU-Mercosur Verhandlungen**

Die 30. EU-Mercosur [Verhandlungsrunde](#) fand vom 06. bis 10. November in Brasilia statt. Diese Runde brachte bedeutende Verhandlungsfortschritte in vielen Bereichen wie Dienstleistungen, öffentliche Beschaffung und KMUs. Außerdem schritt die Vorbereitung für den Austausch neuer Marktzugangsangebote voran. Beide Seiten unterstrichen ihren Willen, bis Ende 2017 die Verhandlungen abzuschließen. Den Bericht der EU-Kommission zur Verhandlungsrunde finden Sie [hier](#).

### **Modernisierung EU-Chile Freihandelsabkommen**

Nachdem der Rat am 13. November der EU-Kommission ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen zur Modernisierung des bestehenden Assoziierungsabkommens mit Chile erteilt hat, ist am 16. November die erste [Verhandlungsrunde](#) in Brüssel gestartet. Das EU-Chile Assoziierungsabkommen wurde bereits vor 14 Jahren geschlossen. Die Modernisierung sieht unter anderem ein neues KMU-Kapitel vor.

### **China hebt Einfuhrbeschränkung für europäischen Käse auf**

Gemäß Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2017 hat China seine Importbeschränkungen für Schimmel- und Weichkäse aus Europa aufgehoben. Betroffen von der Aufhebung sind u. a. die Käsesorten Roquefort, Danish Blue (dänischer Blauschimmelkäse), Gorgonzola oder Stilton. Das bisherige Einfuhrverbot für europäischen Weich- und Schimmelkäse in China bestand erst seit September 2017. Zur offiziellen Begründung des bisherigen Importverbots wurde der Bakteriengehalt der Käsewaren angegeben. Eine Delegation der EU-Kommission sowie die französische Botschaft schlugen neben der Aufhebung, die Einrichtung eines technischen Seminars gemeinsam mit chinesischen Behördenvertretern vor, um gemeinsame Käsestandards zu definieren. Die entsprechende Mitteilung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

### **Handelspolitik Boliviens und Kambodschas in WTO auf dem Prüfstand**

Die vierte Überprüfung der [Handelspolitik Boliviens](#) fand am 14. und 16. November 2017 statt. Sie erfolgte auf Basis eines Berichtes des Sekretariats der WTO und eines Berichtes

der Regierung Boliviens. Bolivien hat bisher 12 Handelsabkommen mit anderen Ländern geschlossen, außerdem ist das Land ein Gründungsmitglied der Andengemeinschaft und nimmt an der Lateinamerikanischen Integrationsvereinigung teil. Am 21. und 23. November wurde zudem die Handelspolitik [Kambodschas](#) auf Basis eines Berichtes des WTO-Sekretariats und eines Berichts der Regierung überprüft. Hervorgehoben wurde hierbei insbesondere die Ratifizierung des Trade Facilitation Agreements. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

## Ressourcen

### [DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Mercosur Freihandelsabkommen](#)

Derzeit schreiten die EU-Mercosur Freihandelsverhandlungen rasch voran. Nach der jüngsten 5. Verhandlungsrunde seit Wiederaufnahme der Verhandlungen Ende 2016 ist auf beiden Seiten der Wille zu einem baldigen Abschluss groß. Der DIHK bezieht in seiner [aktuellen Stellungnahme](#) hierzu Position.

### [EP-Thinktank veröffentlicht Factsheets zur Handelspolitik](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat im November verschiedene handelspolitische Factsheets veröffentlicht, unter anderem zur [Beziehung der EU zur WTO](#), zu den [neuen Prioritäten der EU-Afrika Politik](#), zu den [für Entwicklungsländer bereitstehenden Handelsregimen der EU](#), zum [Europäischen Wirtschaftsraum und zur Schweiz](#), zum aktuellen Stand der [Transatlantischen Beziehungen](#), zum aktuellen Stand des [EU-Russland Handels](#), und zum [TPP-11-Abkommen](#).

### [EP-Studie: Freier und Fairer Handel für alle?](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 27. November eine [Studie](#) veröffentlicht, die den Ansatz der EU-Handelsstrategie „Trade for all“ aus dem Jahre 2015 untersucht. Die Studie untersucht dabei die verschiedenen bilateralen Verhandlungen, thematische Schwerpunkte sowie den Einfluss des Europäischen Parlaments auf die EU-Handelspolitik.

### [EP-Briefing zur Debatte um EU-Nachbarstaaten: Zollunion oder Freihandelsabkommen?](#)

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 07.11.17 ein [Briefing](#) über die Debatte zu Zollunionen und Freihandelsabkommen mit Bezug auf die EU-Anrainer veröffentlicht.

Da die Nachbarstaaten der EU sich derzeit in einer Zeit des Umbruchs befinden, stellt sich für die EU die Frage, auf welcher Basis die Handelsbeziehungen – etwa mit der Türkei, der Ukraine, Georgien und Moldau – am besten geregelt werden sollten. Dieses Briefing gibt

einen Überblick über die jeweiligen Stärken und Schwächen der verschiedenen Instrumente zur Steuerung der Handelsbeziehungen.

### **EP-Thinktank Studie zu Auswirkungen von disruptiven Technologien auf EU-Handelspolitik**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 06.11.17 eine [Studie](#) zu Auswirkungen von digitalen Technologien auf die EU-Handelspolitik veröffentlicht. Diese betont die Bedeutung von Daten und dem freien internationalen Datenaustausch für die wachsende Digitalwirtschaft. Gleichzeitig wird betont, dass die EU diese entsprechend mit einer stärker proaktiven und angepassten Positionierung in der EU-Handelspolitik angehen muss.

### **EP-Thinktank veröffentlicht Briefing über Multilateralen Investitionsgerichtshof**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 24.11.17 ein [Briefing](#) über die Bestrebungen der EU-Kommission zur Schaffung eines Multilateralen Investitionsgerichtshof veröffentlicht. Hierin wird unter anderem ein Überblick über die Entwicklungen gegeben und die Stärken und Schwächen des Impact assessments der EU-Kommission hierzu untersucht.

### **EP-Studie zu EU-Assoziierungsabkommen mit Ukraine, Georgien und Moldau**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 16.11.17 eine [Studie](#) über den Implementierungsstand der EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau veröffentlicht. Hierbei wird auf die Erfolge und noch offenen Fragen der Implementierung eingegangen und Handlungsempfehlungen für die bilateralen Handelsbeziehungen gegeben.

### **EP-Briefing: Schutz vor Dumping**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 10. November ein [Briefing](#) sowie am 08. November ein [Factsheet](#) zum Umgang mit unfairen Handelspraktiken, wie gedumpten und subventionierten Importen, veröffentlicht. Das Briefing geht auf die WTO-Grundlagen von Antidumpingverfahren, die Diskussion über den Marktwirtschaftsstatus China sowie die aktuelle EU-Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente ein.

### **EP-Briefing: EU International Procurement Instrument**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 30. November ein [Briefing](#) zum EU International Procurement Instrument veröffentlicht. Hierbei geht es um einen derzeit diskutierten Entwurf für eine Verordnung zur Begrenzung des Marktzugangs aus Drittstaaten zu öffentlichen Beschaffungsmärkten in der EU. Dieses Instrument soll den EU-Beschaffungsmarkt als Druckmittel für Drittstaaten beschränken, wenn deren Vergabemärkte selbst geschlossen sind.

### **18. WTO-Bericht zu G20 Handelshemmnissen veröffentlicht**

Die WTO hat am 09. November ihren 18. Bericht zur Entwicklung von Handelshemmnissen der G20-Staaten veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die G20-Staaten weniger Handelshemmnisse eingeführt haben als in vorangehenden Untersuchungszeiträumen. Im untersuchten Zeitraum zwischen Mai und Oktober 2017 überstieg die Abdeckung der 16 handels-hemmenden Maßnahmen, wie etwa neuer Zölle, mit 32 Mrd. USD dennoch leicht die Abdeckung von handelsbegünstigenden Maßnahmen mit 27 Mrd. USD.

## **RGIT's Corner – News aus Washington**

### **GLOBAL: Deutsche Firmen in den USA blicken optimistisch ins neue Jahr**

Trotz einer gewissen Skepsis, dass sich die USA in Zukunft verstärkt gegen den freien Handel positionieren könnten, gehen die deutschen US-Tochterunternehmen positiv ins neue Jahr. Laut der jüngsten Umfrage [German American Business Outlook](#) (GABO) rechnen 100% der befragten Unternehmen mit Wachstum für ihr Geschäft im Jahr 2018. 98% gehen davon aus, dass auch die US-Wirtschaft als Ganzes wachsen wird. Wie in den Jahren zuvor bleibt es allerdings eine Herausforderung, gut ausgebildete Arbeitskräfte im Markt zu finden. 25% der Befragten gaben an, deswegen eigene Ausbildungsinitiativen durchzuführen. Um ein wirtschaftsfreundliches Umfeld zu schaffen, erwarten die befragten Unternehmen, dass sich die neue US-Regierung für Ausbildungsprogramme, offene Märkte, Investitionen in die digitale und physische Infrastruktur, Deregulierung, Forschung und Entwicklung sowie für die Steuerreform stark macht. Beim Thema offene Märkte gaben 76% an, dass ihre Lieferketten maßgeblich von der Marktoffenheit abhängen. Nur 18% gehen davon aus, dass eine Aufkündigung von NAFTA ihrem Geschäft nicht schaden würde. GABO wird jährlich von den Deutsch-Amerikanischen Handelskammern (AHK USA) in Zusammenarbeit mit dem *Representative of German Industry and Trade* (RGIT) und der Beratungsfirma KPMG durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am vergangenen Montag in New York bei J.P. Morgan vorgestellt. In einem von Daniel Andrich, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, moderierten Panel, ordneten die drei Board-Mitglieder der AHK USA – Caroll Neubauer, Chairman & CEO, B.Braun Medical; Dr. Walter Maisel, President & CEO, KOSTAL North America; Klaus Zellmer, President & CEO, Porsche Cars North America, Inc. – die Ergebnisse aus Unternehmensperspektive ein.

### **SPOTLIGHT NAFTA: Anhörung im Repräsentantenhaus**

Am 12. Dezember 2017 fand im Repräsentantenhaus des US-Kongresses eine Anhörung zur Zukunft des *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) statt. Sprecher aus Wirtschaft und Politik betonten die Bedeutung NAFTAs für die Wirtschaft und die Landwirtschaft, während Gewerkschaftsvertreter die ihrer Einschätzung nach [negativen Auswirkungen von NAFTA](#) darlegten. Im Rahmen des Zwischentreffens der NAFTA-Verhandlungsteams vom 9. - 15. Dezember standen vor allem technische und nicht-kontroverse Themen auf der Agenda, während Bereiche wie Investitionsschutz und öffentliche Beschaffung erst wieder in der formellen Verhandlungsrunde Ende Januar 2018



thematisiert werden. Der Landwirtschaftsausschuss im US-Senat pocht gegenüber dem Weißen Haus auf eine Beibehaltung der NAFTA-Regeln für die Landwirtschaft und fordert eine formelle Folgenabschätzung für den Agrarbereich, sollte NAFTA beendet werden. Bisher haben sich vor allem Think Tanks, wie zum Beispiel kürzlich das [American Action Forum](#), mit Folgenabschätzungen beschäftigt.

### Ergebnisse der 5. NAFTA-Verhandlungsrunde

Am 21. November endete die 5. Runde der NAFTA-Neuverhandlung in Mexiko-Stadt. Fortschritte konnten in den Bereichen Biotechnologie, gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen (SPS), Zoll- und Handelserleichterungen, Telekommunikation, digitaler Handel, bewährte Regelungsverfahren und Anti-Korruption erzielt werden. Komplette Kapitel wurden nicht abgeschlossen. Laut der kanadischen Außenministerin Chrystia Freeland konnten keine Fortschritte bei den Themen Investor-Staat-Streitbeilegung und Ursprungsregeln für Autos gemacht werden.

Die US-Administration beharrt weiter darauf, dass der regionale Anteil von im NAFTA-Raum produzierten Autos von 62,5% auf 85% erhöht werden soll; 50% sollen direkt aus den USA stammen. Die US-amerikanische Autoindustrie lehnt diesen Vorschlag ab. Dies unterstrichen auch noch einmal die CEOs der drei größten US-Hersteller – General Motors, Ford und Fiat Chrysler – in einem Treffen mit US-Vizepräsident Mike Pence und dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer im Weißen Haus. Kritik an den gegenwärtigen Neuverhandlungen von NAFTA kommt auch aus der US-Agrarindustrie. 18 Senatoren beider Parteien forderten US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross auf, einen Bericht von möglichen Auswirkungen eines neuverhandelten NAFTA auf den Agrarsektor und insbesondere dessen Exporte zu erstellen. Während seines Besuchs in Washington am Montag hat sich der mexikanische Wirtschaftsminister Ildefonso Guajardo optimistisch gezeigt, dass mit der nächsten Verhandlungsrunde weitere Fortschritte in den Themenfeldern Telekommunikation, digitaler Handel, technische Handelshemmnisse und regulatorische Praktiken erzielt werden können. Die 6. Verhandlungsrunde findet vom 23. bis 27. Januar 2018 in Montréal statt.

### Globale Safeguards für Waschmaschinen

Ende November hat die vierköpfige Kommission der US International Trade Commission einstimmig für globale Safeguards für Waschmaschinen gestimmt. Die Kommissare empfehlen dem US-Präsidenten ein temporäres Zollkontingent für 3 Jahre.

Waschmaschinenimporte sollen mit zusätzlich 50% verzollt werden. Es ist eine Quote von 1,2 Millionen Einheiten vorgesehen. Im zweiten und dritten Jahr der Safeguards sollen die Zölle auf 45% bzw. 40% gesenkt werden. Ob und wie Präsident Trump den Empfehlungen folgen wird, ist derzeit noch offen.

## Asia Corner – News aus Singapur

### TPP wird CPTPP

Die Neuverhandlungen von TPP-11 (TPP ohne die USA) wurden auf dem APEC Gipfel am 11. November 2017 erfolgreich vorangetrieben. In vier Bereichen betreffend Kanada, Malaysia, Brunei und Vietnam bestehen noch offene Fragen, die bis zum Jahresende oder im ersten Quartal von 2018 geklärt werden sollen. Das Abkommen der TPP-11 wird nun als Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) bezeichnet und setzt 20 Klauseln des TPP-Vertragstexts aus.

### Taiwan will CPTPP beitreten

Nach dem erfolgreichen Treffen der TPP-11 Verhandlungspartner auf dem APEC Gipfel in Vietnam hat Taiwan Interesse daran gezeigt, dem Freihandelsabkommen beizutreten. Grund dafür ist, das CPTPP in seiner jetzigen Form besser mit dem taiwanesischen Rechtssystem in Einklang gebracht werden kann als der ursprüngliche TPP-Text. Laut TPP Artikel 30.4 ist der Beitritt zu TPP für alle Staaten und gesonderten Zollgebiete der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) sowie auch für andere Staaten und Zollgebiete möglich.

### 20. RCEP-Verhandlungsrunde bringt wenig Fortschritt

Vom 17. - 18. Oktober fand die 20. Verhandlungsrunde des Regional Comprehensive Economic Partnerships (RCEP) in Songdo (Süd-Korea) statt. Hier tagten die Arbeitsgruppen zu den Kapiteln Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsbereich, Schutz des geistigen Eigentums und digitaler Handel. Erneut wurde nur wenig Fortschritt erzielt. Die Verhandlungen werden 2018 weitergeführt.

### ASEAN- Hong Kong Abkommen unterschrieben

Auf dem 31. ASEAN Summit am 12. November 2017 wurde das ASEAN-Hong Kong Freihandelsabkommen unterschrieben. Die Verhandlungen wurden mit Hong Kong im Jahr 2014 aufgenommen und sind wichtiger Bestandteil der ASEAN Außenwirtschaftspolitik. Das Abkommen besteht aus 14 Kapiteln und deckt unter anderem Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsbereich, Investitionen, Handelserleichterung sowie wirtschaftliche und technische Kooperation ab. Im Jahr 2016 belief sich das bilaterale Handelsvolumen von ASEAN und Hong Kong auf 93.3 Mrd. US Dollar. Die ausländische Direktinvestitionsbilanz belief sich im Jahr 2016 auf 9.9 Mrd. US Dollar und ist somit um 141% gegenüber 2015 gewachsen.

Dies könnte Sie auch interessieren:

#### **Brexit Newsletter**

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

**NewsInternational** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>